



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.
1886-1916
1902**

311 (8.7.1902) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-97433](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-97433)

General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Unabhängige Tageszeitung.

Erscheint wöchentlich zwölf Mal.

E 6, 2.

Bestenfalls und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung.

E 6, 2.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Telegramm-Adresse:
„Journal Mannheim“.
In der Postliste eingetragen
unter Nr. 2892.

Telephon: Direction und
Druckerei: Nr. 841
Redaktion: Nr. 877
Expedition: Nr. 218
Filiale: Nr. 815

Abonnement:
Tägliche Ausgabe:
70 Pfennig monatlich.
Früher 20 Pf. monatlich,
durch die Post bez. incl. Post-
aufschlag Nr. 3.42 pro Quartal.
Einzel-Nummer 5 Pf.
Nur Sonntag-Ausgabe:
20 Pfennig monatlich,
ins Haus od. durch die Post 25 Pf.
Inserate:
Die Colonel-Zeile . . . 20 Pf.
Auswärtige Inserate . . . 25
Die Kleinteile-Zeile . . . 40

Nr. 511.

Dienstag, 8. Juli 1902.

(Abendblatt.)

Ein blühendes Gewerbe.

Von der gewerblichen Krise sind fast alle Industriezweige hart betroffen worden. Es ist eine Ausnahmerscheinung, wenn ein bedeutender Erwerbszweig die Jahre rückgängiger Konjunktur nicht nur ohne große Opfer und Verluste übersteht, sondern sogar in der schlechten Zeit noch gedeiht wie in den Jahren der Hochkonjunktur. Als solches Gewerbe stellt sich die deutsche chemische Industrie dar. Zwar ist über den Absatz chemischer Produkte im Inlande während der letzten Jahre wiederholt Klage geführt worden, aber dafür hat sich die Ausfuhr vieler Waaren der chemischen Fabrikation ganz erheblich gesteigert. Es betrug die Ausfuhr in Millionen Mark bei:

	1899	1900	1901
Anilin und anderen Theerfarbstoffen	74,9	77,3	79,6
Chloralium	14,8	16,3	16,7
Alizarin	11,3	11,2	16,2

Nun ist allerdings zu beachten, daß die Steigerungen der Umsätze im Export vielfach auf Preisrückgängen, nicht auf einer Zunahme der ausgeführten Mengen zurückzuführen sind. Daher ist es auch erklärlich, daß vielfach der Beschäftigungsgrad nachgelassen hat, die Rentabilität der chemischen Industrie aber trotzdem sich fast auf der früheren Höhe der Aufschwungsjahre halten, bei einzelnen Betrieben sogar darüber hinaus sich noch steigern konnte. Für die Betriebe der chemischen Industrie, deren Werte an der Berliner Börse gehandelt werden, stellte sich die Rentabilität im Jahre 1899 durchschnittlich auf 11,97, 1900 auf 11,24 und 1901 auf 10,93 pSt., also 1901 kaum weniger als in den beiden Vorjahren. Rothleibende Betriebe, die sich in anderen Gewerben jetzt zahlreich finden, kommen in der chemischen Industrie so gut wie gar nicht vor. Die Höhe der Dividenden schwankt zwischen 5 und 20 pSt.; nur ein einziger kleinerer Betrieb (Färberei und Appreturanstalt) zahlte 1901 keine Dividende. Die Hälfte aller Betriebe gibt 10 und mehr Prozent, darunter zwei 20 pSt. Im Jahre 1901 vertheilten diese beiden 18 und 19 pSt., und im Jahre 1899 schüttelte der eine zwar 26, der andere dagegen nur 18 pSt. aus. Neben diesen stattlichen Dividendensummen gestatteten die Ertragsverhältnisse außerdem recht reichliche Abschreibungen, die zum Theil zur Vergrößerung der Anlagen benutzt wurden. Die wenigen Betriebe, die sich mit der Herstellung von Saccharin befassen, werden für das laufende Jahr durch eine augenblickliche Steigerung des Absatzes gütlich beeinflusst, sobald durch die Entschädigungsgelder des Reiches über die Liquidation hinweggebracht werden. Gedenkt man dem günstigen Stande der Rentabilität darf ein Hinweis auf die Lage des Arbeitsmarktes und der Arbeitsverhältnisse nicht unterlassen werden. Unter der schon erwähnten Wirthschaft des Beschäftigungsgrades haben die Arbeiter nicht nur insofern zu leiden gehabt, als sie nicht immer vollbeschäftigt waren; es vermerkte sich auch das Angebot von Arbeitskräften, das ungünstig auf die Tendenz der Lohnbewegung eingewirkt hat. In teurer Industrie wären vorbauende Reformen gegen Einwirkung einer Arbeitslosigkeit oder trübsamer Zeiten überhaupt gegenwärtig so leicht durchzuführen, wie in der chemischen Industrie.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 8. Juli 1902.

Ueber die Begegnung

Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph, die unlängst anlässlich der Beisetzung des Königs Albert in Dresden stattgefunden hat, bringt die Wiener Montagrevue folgende hochhoffizöse Mitteilung: „Angesichts des Umstandes, daß in vielen Journalen noch immer von einer angeblichen Entfremdung der Monarchen von Oesterreich-Ungarn und Deutschland und von der Vermeidung jeglichen persönlichen Verkehrs zwischen beiden Souveränen gelentlich der Dresdener Beisetzung die Rede ist, konstatieren wir in Bezug auf die Anwesenheit der beiden Kaiser in der sächsischen Hauptstadt folgendes: Alle Fürstlichkeiten wohnten im königlichen Schlosse, so daß naturgemäß über ihren Verkehr miteinander nur wenig in die Öffentlichkeit dringen konnte. Kaiser Franz Joseph, der Vormittags ankam, wurde auf dem Bahnhof von allen anwesenden Prinzen begrüßt, empfing ihre Besuche und machte ihnen Gegenbesuche. Am Nachmittags das deutsche Kaiserpaar eintraf, wurde dieses gleichfalls von den fürstlichen Personen am Bahnhof erwartet. Kaiser Franz Joseph begrüßte das deutsche Kaiserpaar bei dessen Antritt im Schlosse, küßte der Kaiserin die Hand, reichte ihr den Arm und geleitete sie in ihre Appartements. Gleich darauf erschien Kaiser Wilhelm zum Besuche beim Kaiser Franz Joseph und blieb dort fast eine halbe Stunde. Der Verkehr war überaus herzlich. Kaiser Wilhelm überbot sich förmlich in den Beweisen seiner Anhänglichkeit. Bei der Abreise, die übrigens nicht zu gleicher Zeit erfolgte, erschienen die Monarchen jeder für sich allein, sie waren eben Gäste des sächsischen Hofes. Allerdings hatten die anderen nicht souveränen Fürstlichkeiten bei der Abreise beider Kaiser zu erscheinen.“

Der russische Finanzminister

hat eine Note an alle Mächte gerichtet, die an der Brüsseler Zuckerkonferenz teilnehmen. Darin werden die Gründe für das Fernbleiben Russlands von der Konferenz dargelegt. Die russische Zuckerindustrie steht auf sehr hoher Stufe, die Fabrikanten arbeiten viel besser als die übrigen. Die Russen können ihren Zucker billiger, selbst unter den Produktionskosten ins Ausland abstoßen, weil sie im Inland sich schadlos halten. Russland macht uns namentlich Konkurrenz nach der Türkei, den Balkanländern und Persien. Um die russische Konkurrenz von den deutschen Grenzen fernzuhalten, genügt die in der Konvention vorgesehene Maßregel der Einführung eines Ausgleichszolles mindestens in der Höhe der Prämie.

Rampolla's Antwort.

Den Basler Nachr. schreibt man aus Mailand: Das Sprachrohr des Kardinalstaatssekretärs Rampolla di Tindaro, der „Osservatore Cattolico“, veröffentlicht in seiner Nummer 152 d. d. 6. Juli eine inspirirte Note gegen den Generallieberherrn von Loeb in schärfster und verletzender Form; sie hat folgenden Wortlaut: „Nach der kaiserlichen Rede des Kaisers die seines Generals. Man sieht, es war Alles gut vorbereitet. Kaiser Wilhelm vertrauend auf die Beteuerungen seines Gesandten behauptet seinerseits, daß der hl. Vater in Deutschland das „non plus ultra“ religiöser Toleranz gefunden habe. Natürlich

äußerten die Katholiken, welche mit gutem Grunde gewichtige Zweifel über diese Beteuerungen hegen, ihre Bedenken über die seltsamen Auslassungen von Loeb. Darauf bekannte dieser Farbe in Bonn. Gleich seinem kaiserlichen Herrn begann er mit dem Spruch: „Wir Germanen schämen uns nicht Gott zu bekennen.“ Alsdann sprach er vom hl. Vater, von Frankreichs Heer und vom Kardinal Rampolla. Betreffs der französischen Armee bittet jetzt die Pariser Presse den guten Preußengeneral, die Nase in die eigene Küche zu stecken und fein still zu sein. Punkt Wiedergabe der Aeußerungen des hl. Vaters und Kardinals Rampolla würde der gute General gut daran thun, sich etwas mehr in Acht zu nehmen und sich mit etwas weniger theatralischen Gesten auszuspielen, um den letzten Zweck dieser Mandate nicht durchblöden zu lassen und damit die Grundlage von Allem.“

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 7. Juli. (Die Sitzung des Centralvorstandes.) Wie wir bereits mitgetheilt haben, hat der Centralvorstand der Nationalliberalen Partei die Einberufung eines Delegirtentages für den Monat Oktober vor Wiederaufnahme der Reichstagsarbeiten nach Offenach beschloffen. Der Anregung, in Sonderheit Fragen der inneren preussischen Politik zur Erörterung zu bringen, wüßte späterhin auf einem nach Hannover zu berufenden Delegirtenstage der nationalliberalen Partei in Preußen Rechnung getragen werden. Trotz der Parlamentsferien wies die Sitzung des Centralvorstandes einen erfreulich zahlreichen Besuch auf; zum ersten Mal nahmen an ihr die Vertreter der Jugendvereine, die Herren Dr. Fischer (Köln) und Dr. Goldschmidt (München) Theil. Das gemeinsame politische und ideale Streben, welches die Jugendvereine mit den Zielen der nationalliberalen Partei verbindet, kam sowohl bei den von Dr. Hammacher in unermüdlicher geistiger und körperlicher Frische geleiteten Verhandlungen des Centralvorstandes wie in dessen geistlichem Beisammensein zum vollen Ausdruck. Des Abends folgten die Mitglieder des Centralvorstandes und eine Anzahl von Parteifreunden der gastlichen Einladung des Herrn Dr. Hammacher, einige Stunden in seinem Heim zuzubringen. An den verehrten Rudolf v. Bennigsen gelangte nach der Sitzung folgendes Telegramm zur Absendung: Excellenz von Bennigsen, Bennigsen. Der Centralvorstand hat die Einberufung eines allgemeinen Delegirtentages zum Herbst nach Offenach beschloffen, — durchdrungen von dem Vertrauen, daß der Gemeininn und das Gefühl der Verantwortlichkeit im nationalen und liberalen Bürgerthum in Stadt und Land lebendig genug sei, um auch in diesen schwierigen Zeiten den rechten Weg zu finden. Der Geist, den der nationalliberalen Partei ihre Begründer und erster Führer eingebläht hat, rechtfertigt dieses Vertrauen und führt uns immer wieder in Treue und Dankbarkeit zu Ihnen mit den besten Wünschen für Ihre Wohlfahrt und mit verehrungsvollen, freundschaftlichen Grüßen. Dr. Hammacher. Vassermann.

— (Der alte Taktstreit) zwischen Bebel u. Volkmar ist wieder entbrannt, und damit ist zugleich ein Streit-

Tagesneuigkeiten.

— **Normann-Schumann.** Deutsche Blätter haben gemeldet, der Bundesrath habe Normann-Schumann, bis jetzt in Luzern wohnend, aus der Schweiz ausgewiesen. Von Bern aus wurde die Nachricht sogleich demittelt. In der That hat der Bundesrath, d. h. die politische Polizei, keinen Anlaß, sich mit Normann-Schumann zu beschäftigen, da von ihm nicht behauptet werden kann, daß er die innere oder äußere Sicherheit der Schweiz gefährde (Art. 70 der Bundesverfassung). Dagegen haben die Behörden des Kantons Luzern es in der Hand, dem Mann den Aufenthalt im Gebiete des Kantons Luzern zu untersagen, mit anderen Worten, ihn aus dem Kantonsgebiet auszuweisen, da er, den Basler Nachr. zufolge, die im deutsch-schweizerischen Niederlassungsvertrag vom 31. Mai 1890 vorgeschriebenen Papiere (ein die Reichsangehörigkeit und einen unbescholtenen Bismund bescheinigendes Zeugniß der deutschen Gesandtschaft in Bern) nicht besitzt. Cöme ein solches Zeugniß ist aber kein Deutscher befaßt, in einem schweizerischen Kanton zu wohnen. Normann-Schumann kann nicht als ein politischer Verfolger gelten, dem billigerweise das Asyl in der Schweiz nicht verweigert werden soll. Seine Duldung unter diesem Titel erscheint daher unbegründet. Im Uebrigen scheint der Gesagte noch immer Anhang in hohen deutschen Kreisen zu besitzen. Da und dort scheint man von ihm diese oder jene Enthüllungen zu begehren. Normann behält von den ihm zugegangenen Briefen das kleinste Papierchen auf, um es jederzeit nach Bedarf verwenden zu können. Wie Luzerner berichten, die in der Nähe seiner Villa wohnen, sieht man zuweilen während der Fremdenfeste hochgestellte deutsche Persönlichkeiten zu Normann gehen.

— **Samariterdienste der „Gazelle“ bei den venezolanischen Wären.** Aus Caracas, Anfang Juni, wird uns geschrieben: Die Kämpfe bei Carupano haben den Kommandanten des deutschen Kreuzers „Gazelle“ Gelegenheit gegeben, ver wunderten Venezolanern ärztliche Hilfe zu Theil werden zu lassen. Am 3. April hatte in der Nähe von Carupano in den Bergen ein Gefecht zwischen den Truppen der Revolution und den aus Carupano gegen sie anrückenden Regierungstruppen stattgefunden, in welchem die Revolutionäre Sieger

blieben. Am nächsten Tage fand in Carupano selbst ein Straßen- und Barrikadenkampf statt, der mit dem Rückzuge der Aufständischen endete. Gleich nach dem Straßenkampf am 4. April wurden einige Verwundete in das zu diesem Zweck von der deutschen Schwefelmine-Gesellschaft zur Verfügung gestellte Winterhaus zum Aufnahmestellen, aus der Zahlkammer der vor Carupano liegenden „Gazelle“ erhielt Befehl, sich derselben anzuschließen. Daraufhin wurden dann am jedem Vormittag oder wenn das deutsche Kriegsschiff zur Schiffsübung in See ging, Nachmittags regelmäßig Operations- und Verbandstunden abgehalten, nachdem der Kommandeur die den venezolanischen Truppen veranlaßt worden war, alle Verwundeten aus der Stadt in den oben erwähnten Raum zusammenzutragen zu lassen. Manche Leute kamen erst am 4. oder 5. Tage nach erhaltener Wunde zur Behandlung, da sie nicht früher in den Bergen aufgefunden und von dort in die Stadt gebracht worden waren. Die Wunden waren theils wegen der auf diese Weise eingetretenen Verdanerungen fast in Eiterung begriffen, theils auch durch die seitens des eingeworbenen Arztes angewandte Behandlungsart in sehr schlechter Verfassung. Dieser hatte bei ständlichen durchgehenden Schweißbädern beide Verwunden mit Jodform bestrahlt und dann in jede einen festen Wattepfropfen gesteckt. Ebenso hatte er verfahren bei Schußwunden, in denen das Geschöß noch drin lag. Die Eiterung, die durch die mit in die Wunde gerathenen Kochsalzstücke hervorgerufen war, hatte in Folge der verstopften Wundlöcher meist die ganze Umgebung der Wunde stark entzündet, wodurch selbst bei einfachen Verletzungen die Heilung sehr verlangsamt wurde. Die Dauer der täglichen Behandlung betrug in der ersten Woche zwei Stunden, dann nur eine Stunde und weniger. Im Ganzen heilten die Wunden nach Aufhören der Eiterung sehr gut.

— **Die Ostmörderin Jane Tappan in Baranoble.** (Nassachweis) ist vom Gericht für irrsinnig erklärt worden. Der Fall ist ein außerordentlicher. Die Mörderin ist eine Krankenpflegerin. Sie ist als solche viele Jahre lang thätig gewesen, galt als sehr thätig und gewissenhaft und verlebte in den besten Familien. Als sie vor einem Jahre angeklagt wurde, drei Missethäter einer Familie, mit der sie von Jugend auf befreundet gewesen war, Gift beigebracht zu

haben, hielt Niemand sie einer solchen That für fähig. Bald aber erinnerten sich die Kerzer, von denen sie angeklagt gewesen war, des merkwürdigen Umstandes, daß eine ganze Reihe von Patienten, die sie Jane Tappan anvertraut hatten, eines unerklärlichen Todes gestorben waren. Das wurde in vierzehn Fällen festgestellt. Als es zum Prozeß kam, bekannte sich die Tappan für schuldig, in drei von der Anklage namhaft gemachten Fällen den Patienten Gift gegeben zu haben. Gleichzeitig wurde sie von Sachverständigen für irrsinnig erklärt, sodah dem Gericht nicht weiter übrig blieb, als die Angeklagte einer Irrenanstalt zu überweisen. Nachträglich stellte der Staatsanwalt mit, daß die Tappan bekannt habe, ein und dreißig Menschen im Laufe ihrer Thätigkeit als Krankenpflegerin vergiftet und außerdem andere Verbrechen begangen zu haben! Unter Anderem gestand sie, daß sie eine alte kranke Frau lebendig verbrannt und mehrere Häuser mit der Absicht, die Bewohner zu tödten, in Brand gesteckt habe. Sie sagt, sie sei zu ihren Verbrechen von einem unverständlichen Triebe veranlaßt worden. Daß sie irrsinnig sei, bezeugt sie mit größter Hartnäckigkeit. Sie meint, sie habe ganz genau gewußt, daß sie ein todeswürdiges Verbrechen beging, wenn sie ihren Patienten Gift beibrachte; das beweise, daß sie bei ihrem Verbrechen gewandelt habe. Den Kerzern der Stadt, wie dem Publikum erscheint es jetzt unbegreiflich, daß dieses Angeheuer viele Jahre hindurch sein Wesen treiben konnte, ohne den geringsten Verdacht zu erregen.

— **Die Ueberlandreise von Paris nach Newyork** verunglückt. Am 19. Dezember verließ Herr de Witte mit dem Kommando de Glindamp-Bellegarde und George Harding, welcher letzterer de Witte auf fast allen seinen großen Reisen begleitet hat, Paris, um auf dem Landwege nach Newyork, das heißt durch Sibirien und über das Eis der Behringstraße zu reisen. „Wenn es die Umstände erlauben“, sagte er am Tage seiner Abreise, „werden wir die Behringstraße auf dem Eise überqueren, wenn aber nicht, so wird ein amerikanischer Kurier uns abholen und uns an die amerikanische Küste bringen. Wenn alles gut geht, so kann man Nachrichten über das Gedeihen der Reise im Juli über Amerika erwarten.“ Nach den Berichten des Dampfers „St. Paul“, der aus dem Nordischen Eismeer in San

objekt für den Mündener Parteitag der deutschen Sozialdemokratie geschaffen. Die Stellung der bayerischen Landtagsfraktion zur Forderung des Landtagswahlrechts hat den Anlaß dazu gegeben. Ehe man auf dem Mündener Parteitag eine neue „Bayerische“ Partei, dürfte man sich überlegen, daß die „Bayerische“ auf den Parteitag bisher immer zu Gunsten der blau-weißen Genossen ausgefallen sind. Die Hüter des rechten Ringes erleben ja auch sonst allerlei Unangenehmes. Der „Revisionsklub“ macht, wie die Leipz. Volksztg. jüngst unwirksam feststellte, „erstaunliche Fortschritte“, „es sind bereits Truppenoffiziere der sozialdemokratischen Armee, die sich zu einer Revision unserer Grundanschauungen bekennen“. Dabei erinnert das gut marxistische Leipziger Parteiorgan an den Karlsruher Volksfreund, der sogar die revolutionäre Phrasen beiseite wissen wollte, weil sie sinn- und zwecklos geworden, der praktischen Agitation und parlamentarischen Aktion schade und den möglichen größeren Einfluß der Partei auf allen Gebieten hindere.

Badischer Landtag.

196. Sitzung der Zweiten Kammer.

H.O. Karlsruhe, 8. Juli.

Präsident Ganner eröffnet 9 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch Generaldirektor Eisenlohr.

In Fortsetzung der Beratung der Petitionen des Eisenbahnpersonals gibt

Generaldirektor Eisenlohr

einige erläuternde Bemerkungen auf die Ausführungen der gestrigen Redner, und warde sich besonders gegen eine Anzahl Bemerkungen des Abg. Präbner. Vor allem müßte die Eisenbahnverwaltung den Vorwurf zurückweisen, als ob sie dem Personal nicht das genügende Wohlwollen entgegenbrächte; das Personal lege großen Wert auf dieses Wohlwollen und anerkenne dasselbe auch.

Abg. Bing (nat.)

Die Geschäftsfrage des Hauses habe nicht gehindert, die vorliegenden Petitionen eingehend zu würdigen, obwohl eine gewisse Eile sehr ungehalten sich zeigte, daß dieselben so spät verhandelt würden. Er dürfe für seine Partei und wohl für das ganze Haus aussprechen, daß die Petitionen die wohlwollendste Prüfung erfahren, wie auch die Regierung in ihren Ausführungen eine gleich wohlwollende Stellung eingenommen habe, besonders auch was die Bremser betreffe. Zu den vorliegenden Petitionen seien auch nicht alle berechtigten Wünsche erwidert, die die verschiedenen Kategorien von Beamten haben. Er bitte die Regierung, auch diese nicht zu vergessen; die Abschaffung der Akkordarbeit schließlich, möge er nicht empfehlen; undurchführbar sei auch, den Grundlohn dem Angebot und Nachfrage bei der Festsetzung der Löhne gar nicht zu berücksichtigen. Auch er anerkenne, daß eine Verbesserung der Lohnverhältnisse eine Verdrängung bedeute. Auch er treibe für eine Erweiterung des Urlaubs bis zu 8 Tagen ein, ein solcher erhöhe nur die Arbeitsfreudigkeit der Eisenbahnarbeiter.

Generaldirektor Eisenlohr

erklärt, daß die Eisenbahnverwaltung bei Prüfung der einzelnen Wünsche auch jener Beamten bedenken werde, die nicht mit Wünschen an die Kammer gekommen seien.

Abg. Wed (Soz.)

benämigt die einseitige Prozedur einer arbeitereindlichen Zeitung „Der Arbeiterfreund“ durch die Generaldirektion. Was in dem Blatte politisch und volkswirtschaftlich geleistet, das würde von keiner Partei dieses Hauses, sie möge einen Grundpunkt betonen, welchen sie wolle, gebilligt werden. Redner wendet sich sodann gegen die gestrigen Ausführungen Herrgts, der in der Arbeiterschaft, mit der er ja auch verkehre, nicht von Wünschen gehört haben will. Demgegenüber möchte er doch bemerken, daß die Arbeiter sich schon ihre Wünsche den vorgesetzten Beamten anvertrauen. Wünsche mehr bei den Beamten, die die verschiedenen Kategorien von Beamten haben, als in Einzelbetrieben. Vor allem müßte die Verwaltung darauf bedacht sein, die qualifizierten Arbeiter so zu stellen, daß dieselben der Zukunft ruhig entgegen sehen können. Redner berührt sodann die Verhältnisse der Arbeiterpensionisten, die ein großes Vermögen angehäuft habe; er halte diese große Vermögensansammlung nicht für guttugend, sondern für besser, wenn man etwas bessere Pensionen zähle.

Generaldirektor Eisenlohr

führt aus, daß es den Arbeitern frei stehe, den „Arbeiterfreund“ an sich zu nehmen, oder nicht. Er müsse auch betonen, daß die Arbeiter sich über den Wert ihrer Wünsche vorzutragen; auch die Arbeitervereine funktionierten ganz gut.

Abg. Hergt (Centr.)

vermahnt sich energisch gegen die ihm schon wiederholt gemachte Unterstellung, als ob er hier als „Regierungsvertreter“ spreche, er fasse dies als eine Beleidigung auf, wie es ja wohl auch eine sein würde, wenn er dem Abgeordneten Wed unterstelle, derselbe spreche hier als sozialdemokratischer Agitator. Des Weiteren betreibt Redner, daß in Eisenbahnen die Löhne in Privatbetrieben höher seien, als in Staatsbetrieben. Ob die Akkordarbeit abgeschafft werden solle, oder nicht, sei unter den Arbeitern selbst noch eine Streitfrage, die Mehrzahl der qualifizierten Arbeiter seien vorerst noch Anhänger derselben.

Abg. Wed

wendet sich gegen die Ansicht des Vordröners, als ob zu ihm nur sozialdemokratische Arbeiter kämen; er habe bei der letzten Offenerberger Prozession mehr als einen Arbeiter gesehen, der sich schon bei ihm Melde erholte; er betraue in dem Redner vor allem den Wünschen und frage nicht, welche Politik derselbe betreibe.

Nach einigen Bemerkungen des Abg. W a d e r gegen den Vordröner, vertritt Abg. E i s e n l o h r nochmals die Abschaffung der Akkordarbeit. Was das Wort „Regierungsvertreter“ betreffe, so habe der Abg. Hergt objektiv in allen seinen Ausführungen die Stellung der Regierung vertreten.

Nach kurzen Ausführungen des

Abg. Präbner

über seine Anträge, die Petitionen der Oberbeschauer, Wagenwärter und Packkassener der Regierung empfehlend zu überweisen, erhält

Abg. Widens

das Schlusswort, in welchem derselbe nochmals die Anträge der Kommission empfiehlt, die sodann angenommen werden.

Francisco eingetroffen ist, scheint die Reise jedoch nicht sonderlich glücklich verlaufen zu sein, denn aus San Francisco wird dem Bureau Reuters unter dem 4. Juli gemeldet, daß das Schiff „William Oakes“ den Meeresstern De Windt und seinen Begleiter Gordius in Abaddul antraf. Es ist dies eine unbewohnte Insel, die gelegentlich von Walfischjägern angelaufen wird. Sie liegt unter dem 66° 10' Breite und unter dem 170° 12' Länge. Beide Reisenden waren in guter Kraft. Sie hatten eine fabelhafte Reise hinter sich, und ihre Lebensmittel waren erschöpft. Als sie an der Küste der Behringstraße ankamen, war das Eis aufgebrochen und eine Ueberfahrt der Straße unmöglich. Der Kapitän des Walfischjägers sagt, er glaube, daß es möglich sein werde für die Reisenden, die Straße in einem Boot der Eingeborenen (ein Boot aus Häuten) zu überqueren. Er versorgte sie, ehe er sie verließ, mit Lebensmitteln. Gelang de Windt die Ueberquerung der Behringstraße, dann dürfte er auf dem Fuson und durch Kanada seinen Weg nach Newyork fortsetzen.

Abg. Bing (nat.)

berichtet über die Witter der Rathschreiber Badens, die Verträge der Grundbuchämtern betr. Derselbe geht dahin, daß 1. an Stelle der wandelbaren Verträge unter Zugrundelegung der Gebühren des Jahres 1897 für die Verträge zu treten; 2. einzelne Gebührensätze erhöht werden; 3. die Befreiung von Steuern, Zinsen und sonstigen Abgaben zur Grundbuchführung soll als zur nächsten Einrichtung des Grundbuchamts gehörig den Gemeinden obliegen; 4. die künftig angestellten Rathschreiber, welche als Hilfsbeamten des Grundbuchamts fungieren wollen, sollen durch Ueberlegung einer Prüfung den Befähigungsnachweis zu erbringen haben. Die Kommission hält es nicht für angebracht, die wandelbaren Verträge der Rathschreiber durch freie Bergänger zu ersetzen; den Punkten 2 und 3 der Witter trete die Kommission bei, doch könne sie dem letzten Wunsch vorerst nicht beitreten; der Antrag der Kommission geht auf am 7. 8. 1897. Heberweisung.

Abg. Oeffinger (nat.)

nimmt den Antrag der Kommission im Namen seiner Partei an.

Abg. Waler (Dem.)

hält den gegenwärtigen Aufwand für unzulässig und hält ein größeres Entgegenkommen der Regierung erwartet, wie dieselbe ja eigentlich nur Budgetbedenken gegen weitergehende berechtigende Wünsche habe. Die Inzulässigkeitsunterstützung des Budgets zeige sich hier, wie bei den Reiterpetitionen in bebaubarer Weise. Redner tritt für gefällige Festlegung der Witternalsgebühren der Rathschreiber ein und befürwortet Einführung einer besonderen Gebühr für die Grundbuchämter an die Rathschreiber. Er hoffe, daß die entgegenkommende Haltung der Regierung sich bald in Taten äußern werde.

Abg. Oeffinger (Str.)

erklärt Namens seiner Partei die Zustimmung zu dem Kommissionsantrag. Wir der Frage der Festlegung des Gehalts müßte er doch zuwarten, denn er halte es doch nicht für geboten, Staatsbeamte in die Gemeinden zu setzen, auch müsse man doch die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden berücksichtigen.

Abg. Gieseler (Soz.)

erklärt, daß seine Fraktion freudig dem Antrag zustimme.

Jahresminister v. Deich

erklärt, daß auch die Regierung auf dem Standpunkt des Wohlwollens stehe und nur wünsche, daß sich dasselbe bald in die Praxis äußere, doch müsse sich die Regierung immochin an die Grenzen halten, die das Budget lege. Eine Fiktion der Gebühren sei bei der Berücksichtigung der Arbeit nicht durchzuführen. Die Verwirklichung der Gemeindeforderungen nehme doch den bei Beiträgen gehörigen Raum ein, so daß auch die Gemeinden für eine bessere Zahlung aufkommen sollten. Die Regierung werde aber derselben, eine Erhöhung der Gebühren eintragen zu lassen. Der Anstoßstand könnte leicht von den Gemeinden übernommen werden, jedenfalls sollten die Rathschreiber von demselben einhalten werden.

Nach einem Schlußwort des Berichterstatters wird dem Kommissionsantrag zugestimmt.

Fortsetzung der Beratung 4 Uhr Nachmittags.

Aus Stadt und Land.

Mannheim, 8. Juli 1902.

Das 14. Deutsche Bundesfest findet 1902 in Hannover statt, und zwar ist als Zeitpunkt für die Abhaltung des Bundesfestes die Woche vom 5. bis 12. Juli 1902 endgültig bestimmt worden.

Dem Jahresbericht der städtischen Schulen in Mannheim, die dem Volksschulinspektor unterliegen, entnehmen wir folgende Mitteilungen: Das Schuljahr 1901/02 nahm seinen Anfang am 16. April 1901 und erreichte seinen Schluß am 23. März 1902. Gegenüber dem Anfang des vorangegangenen Jahres war die Zahl der Schüler um 1302, gegenüber dessen Schluß um 1430 gestiegen. Die Zahl der an Ostern 1901 zur Entlassung gekommenen Schüler betrug 1810, die Zahl der auf diesen Termin neu eingetretenen Schüler belief sich auf 3028. In der Knabenarbeitschule mußten 6 weitere Kurse eingerichtet werden, da die Zahl der Teilnehmer von 415 (Ostern 1900) auf 584 gestiegen war. In Papparbeiten wurden unterrichtet 336 Schüler (16 Kurse), im Schnitzen 170 Schüler (9 Kurse), in Hobelbanarbeiten 78 Schüler (6 Kurse). Die Knabenfortbildungsschule der Altstadt zählte zu Anfang des Schuljahres 500, am Schluß 553 Schüler. Die Zahl der (nach Berufen) gebildeten Kurse betrug 20. Die hauswirtschaftliche Mädchenfortbildungsschule wurde zu Beginn des Schuljahres von 600, am Schluß von 733 Mädchen besucht. Die Zahl der Kurse mußte von 30 (Ostern 1900) auf 32 erhöht werden. Die Fortbildungsschule in den Vororten war zu Beginn des Schuljahres von 228 Knaben und 159 Mädchen, zusammen 375 Schülern besucht. Die Knaben waren in 8, die Mädchen in 6 Klassen eingeteilt. Der Fortbildungsunterricht wurde nunmehr auch in Räfertal vom Sonntag auf einen Werktag verlegt. Die Zahl der Fortbildungsschüler und Fortbildungsschülerinnen in der Altstadt und den Vororten belief sich auf Schluß des Schuljahres auf 1631. Der an der erweiterten Volksschule in 3 Wochenstunden erhaltene fakultative französische Unterricht wurde von 285 Knaben in 11 Klassen und 368 Mädchen in 14 Klassen, zusammen von 651 Teilnehmern in 25 Klassen mit einer durchschnittlichen Stärke von 26 Schülern besucht. In dem für freiwillige Teilnehmerinnen eingerichteten Friseurkurs hatten sich 180 Fortbildungsschülerinnen gemeldet. Die Schülerzahl der einzelnen Schulgruppen in der Altstadt war am Ende des Schuljahres folgende: 1. Erweiterte Knabenschule 6 055, 2. Erweiterte Mädchen- und Knabenschule 6 725, 3. Knabenbürgerschule 871, 4. Mädchenbürgerschule 812, 5. Hilfsschule 31, 6. Knabenfortbildungsschule 553, 7. Mädchenfortbildungsschule 723. Die Schülerzahl im eben begonnenen Schuljahr (1902/03) betrug zur Zeit 16 021, mithin gegen den Anfang des abgelaufenen Schuljahres Vermehrung um 790, gegen den Schluß Vermehrung um 1 027. In den Vororten betrug die Schülerzahl: 1. Einfache Schule in Räfertal 643, 2. Einfache Schule in Waldhof 977, 3. Einfache Schule in Redarau 1 726, 4. Fortbildungsschule in Räfertal 72, 5. Fortbildungsschule in Waldhof 108, 6. Fortbildungsschule in Redarau 195. Die Schülerzahl (Ziffer 1—3) im eben begonnenen Schuljahr (1902/03) beträgt zur Zeit 3 589, mithin gegen den Anfang des abgelaufenen Schuljahres Vermehrung um 231, gegen den Schluß Vermehrung um 243. Die Gesamtzahl der Volksschüler im eben begonnenen Schuljahr (1902/03) beträgt zur Zeit 19 610, mithin gegen den Anfang des abgelaufenen Schuljahres Vermehrung um 1 021, gegen den Schluß des abgelaufenen Schuljahres Vermehrung um 1 270.

Der Verein ehemaliger Kriegsgenossen hielt am 2. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der 1. Vorsitzende Herr H. v. R a t s c h gab einen übersichtlichen Bericht über die Thätigkeit des bisherigen Vorstandes sowie über die Maßnahmen, die nach einem Reinen Ueberblick abwarf. Der Verein wurde am 18. März 1899 gegründet und hat bis jetzt 217 Mitglieder. Der bisherige 2. Vorsitzende Herr D i l l e r hatte sein Amt niedergelegt und wurde an seine Stelle Herr Kam. H. W a d e, der sich bisher um den Verein sehr verdient machte,

ge wählt. An Stelle des Herrn Kam. W a d e wurde Herr Kam. Revisionsrath K u n s t l in den Verwaltungsrath gewählt. Herr W a d e sprach sodann über die Gründung einer Sterbestiftung und beantragte eine Erhebung von 50 Mk. bei einem event. eintretenden Todesfälle eines Kamraden. Der Vorsitzende sprach anschließend diesen Vorschlag und wies Johann den eingehenden Antrag des Herrn W a d e, daß eine Abstimmung erst in der nächsten Generalversammlung stattfinden sollte, um dem Vorhänge Zeit zu lassen, eine revidierte ausgearbeitete Vorlage der Generalversammlung vorlegen zu können. Dieser Antrag wurde angenommen. Außerdem wurde eine Statutenänderung vorgeschlagen und von Seiten des Herrn Vorsitzenden Ratsh die Ausarbeitung neuer Satzungen für die nächste Generalversammlung angeordnet. Die Versammlung verlief in sehr kameradschaftlicher Weise, trotzdem wichtige Punkte abgetwärtelt werden mußten.

Aus dem Großherzogthum.

* Heidelberg, 7. Juli. Eine große Schlägerei spielte sich laut „Heidelb. Ztg.“ gestern Nacht in Kirchheim ab. Einige Maurer, größtentheils aus Ruffheim (Amt Karlsruhe) erregten durch die Arbeitskonturren, die sie ihren Genossen vom Handwerk bereiten, das Mißfallen derselben, weshalb die letzteren gestern Abend durch Verabspingung einer Mächtigen Nacht Prügel an die fremden Einbringlinge für Kirchheim kühlen wollten. Die Kirchheimer Maurer und andere Burtschen von dort umstellten gestern Abend die Wirtshaus zum „Hälfzer Hof“, wo die Ruffheimer sich aufhielten und führten dann einen regelrechten Angriff auf die Insassen der Wirtshaus aus. Daß die Angegriffenen das nicht so ruhig hinnahmen, kann man sich denken. Es entwickelte sich eine furchterliche Schlägerei und schließlich wurde noch nach Messern und Revolvern gegriffen. Die Wirtshaus zum „Hälfzer Hof“ wurde demolirt, der Wirt erhielt einen Revolverstoß. Die zur Herstellung der Ruhe herbeigeeilten Gendarmen und Polizeidiener konnten allein nichts mehr ausrichten und hatten telephonisch in Heidelberg um Hilfe. Gendarm Wlod erhielt einen Stich in den Oberschenkel. Schließlich wurde die Sicherheitspolizei doch Herr und nahm 11 Verhaftungen vor; weitere Verhaftungen stehen noch bevor.

* Hirschheim, 7. Juli. Der Bürgerausschuß hat nach 4wändiger Beratung die städtische Vorlage bezüglich Ankaufs des von der Regierung angebotenen jüdischen Gebäudes am Schloßberg mit 56 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Freiburg, 8. Juli. (Telegramm.) In Rimbürg erschloß der Stubenwirth Demler den Sohn des Bürgermeisters und Glarrensabrikanten Hochhäuser und versuchte darauf Selbstmord.

* Baden, 8. Juli. Gestern Vormittag erschienen zum abermaligen Besuche der Jubiläums-Ausstellung im Hamilton-Palais der Großherzog und die Großherzogin in Begleitung des Generaladjutanten von Loeb. Die höchsten Herrschaften wurden von Herrn Direktor S c h a l l empfangen und durch die Ausstellungsräume geführt, wo hauptsächlich die seltene Autographensammlung des Hofintendanten Herrn Louis Koch einer eingehenden Besichtigung gewürdigt wurden. Hierbei hatte der Letztere die Ehre, einem Wunsch der höchsten Herrschaften gemäß, seine Sammlung persönlich erläutern zu dürfen.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Zur Vergabung des Mainzer Theaters. Die Abenteurerdepotalektion beschloß nach dem „M. Z.“ der Stadtverordnetenversammlung am Mittwoch folgende Herren zur Wahl vorzuschlagen. In erster Linie: Ab. S t e i n e r t, ehemals Direktor des durch Brand gerichteten Stadtheaters in Darmen; in zweiter Linie: 1) Richard B a l d e r, Direktor des Stadttheaters in Baga, 2) Max B e h r e n d, Direktor des Stadttheaters in London (samt mit dem Musikdirektor-Ensemble in Mainz); in dritter Linie: Peter L e i b i g, Direktor des Hoftheaters in Altona und des Sommertheaters in Wilmersdorf. Demnach hätte Herr Steinert die engere Wahl. Die Angelegenheit wird im Plenum am Mittwoch jedenfalls noch zu erregten Debatten Veranlassung geben.

Erste Prüfungsaussführung der Hochschule für Musik in Mannheim.

Die erste Prüfungsaussführung war zum erstenmale in dieser langen Reihe von Aufführungen besonders kürzer — bei der österreichischen Temperatur im Saale nicht gerade unangenehm — und so kann auch die Kritik kürzer sein. Die Herren Otto Vogel und Dr. Otto Hollenberg sangen je zwei Lieder: Herr Vogel sang „Prometheus“ von Schubert, eine mehr dramatisch als lyrisch bewegte Komposition, und „Fuchse“ von Wolf, leichter, aber eigenartig, wie alle Wolflieder. Herr Dr. Hollenberg sang zwei selten gebrochene italienische Sonette von Waj. Beide Herren setzten ihr bestes Können ein; wenn aber ein Unterschied gemacht werden soll, so war die Stimme und der Vortrag des Herrn Dr. Hollenberg schöner und ausdrucksvoller. „Prometheus“ von Schubert verlangt wohl noch etwas mehr dramatische Kraft. Die Damen Frau, Kogel, und Herr und Herr Vogel sangen unter gütiger Mitwirkung von Herrn Hofopernsänger Paul das Duett aus dem zweiten Akt der Faustoper. Die Opernmusik Mozart, welcher den Gesangstimm die Geduld und Schweißheit von Heigen und Hiden zuzuschreiben, stellt beinahe die größten Anforderungen an Reifheit und Jungensreife, und die Vortragenden erfüllen diese sehr gut, wenn schon Herr Vogel sich sehr anstrengen mußte, sich neben der natürlich weit überlegenen Komma des Herrn Hofopernsängers Paul zu behaupten. Als dramatische Darstellung folgten zwei Szenen aus Quimperbonds einzig schönem Märchenpiel Hänsel und Gretel. Fräulein Vertha Glaser sang den Hänsel, Fräulein Auguste Glaser die Gretel, Fräulein Vertha Kogel das Sandmännchen. Die Musik hatte Herr Hofopernsänger Paul mit vorzüglichem Erfolg übernommen. Es ging Alles glatt, wie im Theater. Ebenso sicher und schön war der musikalische Teil von Herrn Direktor Bopp inszeniert und das Orchester durch einen im höchsten Maß überaus schwierigen Klavierlauf wiedergegeben. So endlich endlich die Proben klingen, so schön und vernehmlich ist ihre kontrapunktische Verschlingung und Durchdringung, und dabei müssen sich die vorgeführten Szenen ändern, als sei das nur ein reines improvisirtes Aushereigen, ein Märchenlied, ein Weistagen mit dem Ausfall, ein böhmisches Bauernduett, das vollendet und dann ein ruhend einfaches Aushereigen. Mein Wunsch darf die christlichen und melodiösen Schwierigkeiten abhien, die in dieser so treuherzig nachscheinenden und doch so raffiniert komplizierten Musik liegen. Und diesen Eindruck erzielten die heutigen Darbietungen vollkommen. Beide Fräulein Glaser waren sich diesen Abend an Geduld und Geduldigkeit der Stimme ganz gleich; es kam Alles mit spielender Leichtigkeit heraus, das Gebot war von ergreifender Innigkeit. Das Sandmännchen sang ganz allerlieblich, und wünschte ich solch heilige Einschüflerung allen Damen. — (In der Kritik der gestrigen Aufführung Seite 20, muß es statt „denkende Klarer“ „denkende heigen“; (singe) Klarer sind unsere besten Fabrikate schon, aber denkende sind leider noch nicht erfunden.)

Berichtszeitung.

Mannheim, 8. Juli. (Schwurgericht.) Den Vorsitz führt Landgerichtsrath R. v. Gabn.

2. Nachdem der 2. Rath gestern Abend wegen vorgerückter Zeit auf nächsten Montag verlegt worden ist, wird heute gegen den Wehrwirth Christ. Sinn verhandelt. Sinn betrieb seit längerer Zeit im Hause N. 2, 2 gegenüber dem Kaufhaus eine Weinwirtschaft. Außer diesem Hause, welches einen Schätzungswert von 80—85 000 M. besitzt, aber mit mehr als 24 000 M. belastet war, besaß Sinn noch das Haus T. 2, 6, welches bei einem Werth von 40 000 M. mit 42 000 M. belastet war und das Haus 18, Querstraße 8, welches auf 26 000 M. geschätzt, aber mit 32 000 M. belastet war. Letzteres Haus stand dem Angeklagten längere Zeit leer, und die Hypothekenzinsen häuften sich. Am Juli 8. J. wurde dem Angeklagten die erste Hypothek auf sein Haus mit 65 000 M. per Oktober gekündigt und von den Gläubigern gleichzeitig eine Klage auf Zahlung von 15 000 M. anhängig gemacht und Sinn nicht im Zweifel darüber gelassen, daß bis zum Januar die ganze Summe zurückverlangt werde. Ferner wurde eine Hypothek auf das Haus in der 18. Querstraße in Höhe von 12 000 M. gekündigt und eine Reihe sonstiger Gläubiger begann Sturm zu machen. Schon im Oktober d. J. war Sinn in Folge dieser Ansprüche bankrott. Forderungspfändungen und Bockhypothesen waren häufige Ereignisse im Hause N. 2, 2. Die erste Pfändung ließ die Stadtkasse für eine Forderung von 28 M. vollziehen. Statt sich in dieser Zeit seinen Konten zu erklären, wartete Sinn bis 3. Februar. Er gibt heute an, er habe auf die Hilfe einer Wittwe Margarethe Holz in Ogersheim gehofft, die versprochen habe, ihm 100 000 M. zu leihen. Die Holz ist aber, wie die heutige Verweilnahme darthut, eine Person, die selbst Geld recht notwendig brauchen könnte. Es ist eine arme Monatsfrau, die sich mit fünf Kindern recht kümmerlich durchbringt. Polizeiwachtmeister Rensch, der Erhebungen über die Vermögenslage zu machen hatte, erklärt, er sei noch nie in eine so ärmliche Wohnung getreten, wie in die Holz'sche. Die Frau ist auch selbst als Jungin geladen. Sie wird unverzüglich vernommen, da sie der Theilnahme an den Manipulationen Sinns verdächtig gehalten wird. Sie hat Sinn, mit dem sie auf „intimem Fuße“ lebte, Schuldscheine über 5000 etc. Markt ausgestellt, obwohl sie ihm nur 400 M. für Darlehen schuldig zu sein erklärt. Sinn soll diese Schuldscheine benutzt haben, um sich Kredite zu verschaffen. Auf Befragen, ob sie denn dem Angeklagten Geld geben konnte, erwidert die Jungin unter verlegenem Stoden, ja, sie habe einen Weinhändler, Namens Alfred Rothenburg, von dem sie nicht wisse, woher er ist, für welche Firma er reist und wie alt er ist, 35 000 M. geliehen und das erwarde sie nun zurück. Das Geld habe sie von dem Agenten Simon Krieg in Mannheim erhalten. Der habe ihr 80 000 M. gegeben. Die Weinhändlergeschichte erregt abseits ungläubiges Lächeln. Junge Simon Krieg, 80 Jahre alt, wird über diese Behauptung gehört. Auf die Frage des Vorsitzenden: „Was aus Sie?“ antwortet Krieg: „Ein alter Mann, was Heiterkeit hervorruft. Er erklärt, mit der Holz gerade kein Verhältnis gehabt, ihr aber doch nach und nach 40 000 M. gegeben zu haben. Warum?“ fragt der Vorsitzende Sinn. (M. n. Dr. Holz.) „Weil ich es gehabt habe,“ ist die Antwort. Die Anklage nimmt an, daß Sinn, der offensichtlich in die Wohnung der Holz gekommen war, recht wohl wußte, daß von dieser Seite Hilfe nicht zu erwarten sei. Hoffentlich habe Sinn seinen Auswand von 15 000 M. auch längst als verloren angesehen. Als nach dem Eintritt des Kommissars der Kontroverwalter, Rechtsanwält Dr. Hartmann das Verhör aufnahm, verheimlichte Sinn den Betrag von 6800 M. sind Sigarren im Werthe von etwa 800 M. Als die Verlesung eines Theils der Waare, die Firma Bauer und Bed. Angelegt erhaltete, fand Polizeiwachtmeister Rensch die Sigarren theils in zwei abgelegenen Sammen, theils auf dem Hüften. Ferner soll Sinn Briefen seiner Gläubiger, den Diener Friedrich Bieß und seinen Bruder Georg Sinn in Reutenberg dadurch begünstigt haben, daß er ihnen im Januar an Zahlungsstatt frisch angelegte Weine, Reben 500 l. Diesen 700 Liter, ohne daß dieser auch nur in sein Haus gekommen war, an Zahlungsstatt überließ. Im Widerspruch mit seinem früheren Verhalten bestreitet der Angeklagte heute seine Schuld. Er sei nicht zahlungsunfähig gewesen. In die Sigarren habe er zuerst nicht geschaut und als sie ihm eingefallen, habe er geglaubt, er könne den Betrag nach ansehen. Wenn es zum Offenbarungsdiebstahl komme, was die Ueberlieferung der Waare anbelange, so sei er eben von den beiden Gläubigern gedrängt worden und habe sich auf diese Weise Ruhe verschafft. Die Rücksichten für die Kontingläubiger sind nach den Angaben des Kontroverwalters nicht weniger wie richtig. Die Aktien betragen nur 1800 M., die nun verkauften Hüfte brachten keinen Ueberrest. Mehr als 5 Proz. Dividende sei nicht zu erwarten.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“.
* Darmstadt, 8. Juli. Der feierliche Schluss des 81. Landtages wird am Freitag, den 11. Juli im großherzoglichen Residenzschloße durch den Großherzog persönlich erfolgen.
* Frankfurt a. M., 8. Juli. Den Mitgliedern des im Oktober hier abzuhaltenden Kongresses zur Bekämpfung des Rübchenhandels soll von der Stadt ein Empfang betrieht werden. Der Magistrat fordert dafür einen Kredit von 4000 M.

Breslau, 8. Juli. Universitätsprofessor Direktor der Universitäts-Augenklinik, Geheimrath Dr. Richard Förster, ist gestern gestorben.
* London, 8. Juli. Der einzige Sohn des Herzogs von Norfolk, Lord Arundel ist gestorben.
* Remarck, 8. Juli. Ein Telegramm aus Willemsstadt meldet: Die kuffändischen unter General Roland's steigten am 8. Juli zwischen Barcelona und Tragua über die benozolanischen Truppen unter den Generälen Modesta und Castro, dem Bruder des Präsidenten.

Leipziger Bankprozeß.
* Leipzig, 8. Juli. Es gelangt das Protokoll der Kuffidationsprozeß vom 21. Februar 1891 zur Verlesung, welches eine vertrauliche Erklärung zu dem Geschäftsbericht und der Bilanz über 1900 enthält. Desgleichen kommt der Geschäftsbericht für 1900 zur Verlesung. Der Vorsitzende bemerkt, daß der Bericht eine irrige Vorstellung über den Gang des Geschäfts erwecke. Man vermisse das schwere Engagement der Leipziger Bank mit der Trebergesellschaft. Es sei unrichtig, wenn die Bilanz behauptete, daß die Ausdehnung des Geschäftes der Trebergesellschaft allein zuzuschreiben sei. Auf den Vorhalt des Vorsitzenden, wie die Bank eine Dividende von 12 1/2 % verbilligen könne, während doch das ganze Aktienkapital und die Reserve in der Trebergesellschaft investirt waren, wie denn die Angeklagten Erner und Genßch in der glücklichen Lage gewesen seien, diese Dividende zu zahlen? Der Vorsitzende bemerkt, daß die Berechnung der Dividende auf einer vollständig falschen Grundlage erfolge. Von 96 Millionen Debitoren seien 83 Millionen als gedeckt bezeichnet worden. Welchen Werth diese Deckung hätte, könne man an der Berechnung Anheil wohl bemessen. Der Geschäftsbericht enthält lauter Phrasen. Genßch sagt aus, daß er bis auf den letzten Tag auf die Fusion gebaut und auch die Bank günstig beurtheilt habe. Erner gibt auf Befragen zu, daß er die früheren Angriffe der Hauptaktionäre, gelesen habe. Genßch sagt, er habe das vollste Vertrauen zu der Bank gehabt, auch sein ganzes Vermögen in Aktien derselben angelegt habe. Erner befragt, wie hoch er Ende 1899 das Kapital der Trebergesellschaft geschätzt habe, sagt: Ja, tarieren kann ich es nicht. Eine sonderbare Auffassung meint der Vorsitzende. Alsdann äußerten sich die angeklagten Mitglieder des Aufsichtsraths, zunächst Maier, Schöder, Weiser und Dr. Fischer, ausführlich über ihre Stellungnahme zu dem in Rede stehenden Geschäftsbericht. Aus dem lebhaften Besuche, dem der Vorsitzende die Angeklagten unterzieht und aus der Verlesung ihrer in der Vorunternehmung gemachten Angaben geht hervor, daß sie sämtlich in dem Bericht keine Unwahrheit erblinden und die Vertheilung einer Proz. Dividende für angemessen gehalten haben.
Nach einer kurzen Pause äußerte Bankdirektor Herrmann seine Ansicht über den Bericht. Der Sachverständige vermißt auch hier wieder, wie in dem Bericht für 1899, irgend einen Hinweis auf Anheil, aber nicht aufstellen, daß die Kuffidationsgesellschaft einen nennenswerthen Betrag der Bank schulde, sei absolet angegeschlossen gewesen. Die Leipziger Bank würde sich dadurch schwer geschädigt haben. Der Sachverständige vermißt in der Bilanz die völlige Wiedergabe aller einzelnen Verhältnisse. Ein großer Fehler sei dadurch gemacht worden, daß man den Kasseler Angaben niemals nachgeschaut, sondern sich nur mit den gegebenen Mittheilungen zufrieden gegeben habe. Kommerz-Rath Sieghind sagt aus: Der Bericht habe durchaus nicht ein richtiges Bild von der Lage der Bank gegeben. Wie die Sachen stünden, dürfte keine Dividende vertheilt werden, da man wußte, daß bei einem Aktienkapital von 48 M. Markt eine Vertheilung an der Trebergesellschaft bestand. Man hätte aufhören müssen, unbekümmert um die daraus entstehende Folge. Der Konturs sei unausweichlich gewesen. Morgen Fortsetzung.

Zollkommission.
* Berlin, 8. Juli. Die Zolltarifkommission berathet den Abschnitt 6, Lederwaaren und Darmwaaren und nahm zunächst nach längerer Debatte die Positionen 544—554, Leder, nach der Vorlage an unter Ablehnung mehrerer auf Herabsetzung der Zollsätze gerichteten Anträge. Einem Antrag Schröder auf Einführung der Zollsätze im Einklang mit der beschlossenen Erhöhung für Gerbstoffzölle trat Staatssekretär Graf Posadowsky entgegen, indem er bemerkte, die Regierung war mit der Erhöhung der Gerbstoffzölle von vornherein nicht einverstanden. Nach gründlicher Prüfung könne er jetzt erklären, daß die Regierung nicht gewillt sei, diese erhöhten Zölle anzunehmen. Es sei dringend notwendig, diese Zölle in der 2. Lesung herabzusetzen. Redner warnt dann vor einer Erhöhung der Lederzölle über die Vorlage hinaus. Die Regierung sehe in einer Erhöhung der Lederzölle einen schweren Schlag für die Lederindustrie, namentlich für deren Stellung auf dem Weltmarkt. In der weiteren Debatte behandelte die Kommission die Pos. 555, Lederschuhe mit Holzsohlen, und 556 mit andern Sohlen. Die Vorlage verlangt in 555 40 M. Zoll, in 556 58 M. bezw. 120 M. Die Kommission nahm schließlich einen Antrag Müller-Reinigen, Pasche an, in 555 den Zollsatz auf 30 Mark zu ermäßigen und nahm zu 556 die Vorlage an und verlagte sich sodann auf Moegen.
Die Krankheit König Eduards.
* London, 8. Juli. (Griff. Zig.) Die Times kündigt im heutigen Leitartikel an, daß der König, wenn nicht Unerwartetes dazwischen komme, im August gekrönt werde. Es

spreche sehr viel dafür, daß der König die Krönung durchmache, ehe er zur Herstellung seiner Gesundheit sich für längere Zeit von der Arbeit zurückziehe. — Der Daily Mail zufolge spricht man davon, daß die Krönung am 12. oder 19. August stattfinden soll. — Der Standard bringt eine offenbar von einem Arzte geschriebene Darstellung des gegenwärtigen Zustandes des Königs, in der es heißt, man könne nicht von einer baldigen Krönung sprechen, wenn die Zeremonie nicht fast ganz privater Art sein soll. Ein Mann mit einer offenen Wunde, die immer noch absondere, könne keine öffentliche Zeremonie durchmachen, die anstrengend sei, auch wenn man sie noch so sehr abkürze. Der Manchester Guardian schreibt, dem König sei sehr daran zu thun, so bald wie möglich gekrönt zu werden. Der König wird darum, wenn Alles gut gehe, gekrönt, ehe sich das Parlament im August verlegt.
* London, 8. Juli. Nach dem heute Vormittag veröffentlichten Krankheitsbericht hat sich das Befinden des Königs in einer Weise gebessert, wie man es nur wünschen kann.

Der Unfch Chamberlains
* London, 8. Juli. Das Verweilen Chamberlains im Hospitale ist lediglich eine Vorsichtsmaßregel, welche die Aerzte angeordnet haben, da der Minister augenblicklich keine Amtsfähigkeit ausüben könnte, wenn er nicht wieder aufnehmen kann. Chamberlain hat sich dieser Meinung sofort gefügt.
* London, 8. Juli. Das Befinden Chamberlains macht gute Fortschritte. Der Minister verweilt jedoch vorläufig noch im Hospitale, da die Aerzte absolute Ruhe für erforderlich erklärt haben.
* London, 8. Juli. Chamberlain verbrachte eine gute Nacht. Die Vesperung überliet fort. Der Kolonialminister erwirnt heute Vormittag im Krankenhause den Besuch seiner Gemahlin und seines Sohnes.
* Petersburg, 8. Juli. Chardin (in der Wardourerei) wurde amtlich als Choleraerkrankter erklärt.

Mannheimer Effektenbörse vom 8. Juli. (Offizieller Bericht.)
Zu der heutigen Börse notierten: Aktien-Obligations 105.50 bez., Zellulosefabrik Waldhof-Obligations 104.50 bz., Credit u. Depositenbank, Zweibrücken 126 G., Rhein. Hypothekbank-Aktien 179.20 G., 179.90 P., Verein. Chem. Fabriken 192 G., Brauerei Eichbaum-Aktien 179 G., Vereinigte Epyerer Ziegelmw. Aktien 93 G., Reichsbau-Dkt. 3 % Wechsel.
(Telegramm der Continental-Telegraphen-Compagnie.)

in	kurze Sicht	2 1/2—3 Monate
Amsterdam fl. 100	168.70	168.70
Berlin M. 100	81.183	81.183
Italien It. 100	80.125	80.125
London £. 100	20.450	20.450
Madrid P. 100	—	—
New-York Dtl. 100	—	—
Paris Fr. 100	81.25	81.275
Schwed. Kr. 100	80.975	—
Petersburg S.-R. 100	4 1/2	—
Triest Kr. 100	—	—
Wien Kr. 100	85.15	85.168
do. m. S.	—	—

Verantwortlich für Politik: Chefredakteur Dr. Paul Harms, für Lokales, Provinziales und Volkswirtschaft: Ernst Müller, für Theater, Kunst und Feuilleton: J. B. Dr. Paul Harms, für den Inseratenteil: Carl Hysel. Druck und Verlag der Dr. G. Knapp'schen Buchdruckerei G. m. b. H. Director: Speer.

Während der Manöver
sind die Herren Offiziere künftiger Durchkäufung und deren oft ähnen Folgen häufig aufgesch.
Es empfiehlt sich deshalb, Valetot, Belerine und Uniform rechtzeitig vor Beginn der Manöver mit der bewährten Imprägnirung „Wasserperle“ versehen zu lassen. Die nach diesem Verfahren imprägnirten Kleidungsstücke bleiben dauernd vor Wasser und Schweiß geschützt!
Man beliebe die Stücke, welche man imprägnirt wünscht, recht bald zu geben an die Annahmestelle von:
Mannheim: M. Goldmann, E. 1. 18.
21905 (Sa)

Großherzoglich Badische Staatsbahnen.
Die Berechnung zweier Reisezettel für die Strecke von 600 m. lichter Höhe bei den neuen elektrischen Centralen Karlsruhe I im Durlacher Wald wird im öffentlichen Verhandlungsweg vergeben.
Anforderungen und Bedingungen liegen in den öffentlichen Geschäftsbüchern in unserer Kanzlei auf, wofür auch Angebotsformulare nebst Zeichnungsblätter abgegeben werden.
Bericht von Anforderungen und Bedingungen nach anderwärts findet nicht statt.
Die Angebote sind spätestens am Montag, den 14. Juli, Vormittags 11 Uhr bei dem unterzeichneten Ingenieur, portofrei mit der Aufschrift „Angebot für Reisezettel“ versehen, zu übersenden.
Aufsichtsrath 3 Wochen.
Durlach, den 1. Juli 1902.
Gr. Eisenbahndirektion.

P 3, 14 P 3, 14
Thomasbräu.
Damen = Capelle
Heute Dienstag
CONCERT.
Eintritt 20 Pfg.
Zwangsvorsteigerung.
Mittwoch, den 9. Juli 1902, Nachmittags 2 Uhr.
werde ich im Theaterplatz hier, Q. 4. 5. gegen meine Zahlung im Vollstreckungsmasse öffentlich versteigern:
1 Piano und 1 Violon.
Die Versteigerung findet hier statt.
Mannheim, 8. Juli 1902.
Marock, Gerichtsbesitzer, Böckstraße 19, 11.

Angorafelle, Ziegenfelle
Teppich-Haus
A. Sexauer Nachf., Mannheim, D 2, 6.
Todes-Anzeige.
Heute früh 8 Uhr entschlief nach längerem Leiden unser innigstgeliebter Gatte, Vater, Bruder, Schwager und Onkel,
Herr Georg Reichert
Schiffs-Inspektor
im Alter von 62 Jahren.
Um stille Theilnahme bitten
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Greta Reichert, geb. de Hoog.
Die Beerdigung findet Donnerstag, Vormittags 11 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes aus statt.
Mannheim, Mainz, Rotterdam, den 8. Juli 1902.
28167

